

VORWORT

Die Kommission erhält nach wie vor zahlreiche Beschwerden von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen darüber, dass die Mitgliedstaaten das Umweltrecht der Gemeinschaft nicht ordnungsgemäß umsetzen und durchführen. Diese Beschwerden gehen häufig in Form schriftlicher Anfragen oder als Petition an das Europäische Parlament ein. Sie machen deutlich, dass die europäischen Bürger über den Zustand der Umwelt und die „grüne Bilanz“ ihrer Mitgliedstaaten besorgt sind. Dieser Bericht zeigt, dass die Sorgen berechtigt sind: Es gibt Probleme mit der rechtzeitigen und ordnungsgemäßen Umsetzung, aber auch mit der korrekten Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft durch die Mitgliedstaaten.

Als Umweltkommissarin habe ich natürlich ein besonderes Interesse daran, dass die Umsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft in den Mitgliedstaaten verbessert wird. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf die Erweiterung, um sicherzustellen, dass die neuen Mitgliedstaaten den „acquis communautaire“ ordnungsgemäß und innerhalb der vereinbarten Frist umsetzen und durchführen. Wie bereits in der Mitteilung der Kommission zur besseren Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts¹ dargelegt, ist die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof nicht der einzige Weg, um die Durchführung zu verbessern. Eine andere Möglichkeit ist, zusammen mit den Mitgliedstaaten neue Arbeitsmethoden für alle Phasen des Durchführungszyklus zu entwickeln. Ich erwarte auch, dass die vollständige Umsetzung des Aarhus-Übereinkommens² den Zugang zu den Gerichten in den Mitgliedstaaten erleichtern wird. Auf diese Weise wird auch die Handhabung von Beschwerden durch die Kommission erleichtert werden.

Die Kommission hat bereits eine Reihe praktischer Maßnahmen ergriffen, um die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem Leitlinien und Auslegungstexte, die von der Kommission und den Mitgliedstaaten gemeinsam nach der Annahme der Rechtsvorschriften erarbeitet werden. Ich möchte auch betonen, wie wichtig es ist, dass mehr Transparenz in Bezug auf den Stand der Umsetzung der gemeinschaftlichen Umweltrechtsvorschriften geschaffen wird und dass eine stärkere Sensibilisierung für diese Problematik erfolgt. Es ist wichtig, dass die Bürger darüber informiert werden, inwieweit die einzelnen Mitgliedstaaten die Gemeinschaftsbestimmungen umgesetzt haben.

Aus diesem Grund begrüße ich diesen vierten Bericht, der sich auf das Jahr 2002 bezieht. Nach dem ersten Jahresbericht (1996/1997)³, dem zweiten Jahresbericht (1998/1999)⁴ und dem dritten Jahresbericht (2000/2001)⁵ liefert er aktuelle Informationen über den Stand der Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft. Mit diesem Bericht soll der Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft⁶ und den Entschlüssen des Rates⁷ und des Europäischen Parlaments Rechnung getragen werden.

¹ KOM(2002)725 endg., 13.12.2002.

² UN/ECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

³ SEK(1999) 592, 27.4.1999.

⁴ SEK(2000) 1219, 13.7.2000.

⁵ SEK(2002) 1041, 1.10.2002.

⁶ KOM(96) 500 endg., 22.10.1996.

⁷ ABl. C 321, 22.10.1997, S. 1.

Ich hoffe, dass die Veröffentlichung dieses Berichts den Mitgliedstaaten eine Quelle nützlicher Informationen sein und sie veranlassen wird, sich noch stärker als zuvor um eine vollständige, rechtzeitige und ordnungsgemäße Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft zu bemühen.

Margot Wallström

Mitglied der Kommission